

Stausee-Geschichte

● **Ab dem Jahr 2000:** Die Hochwasseropfer in Moos und der Marktgemeinderat von Burgheim fordern die sofortige Räumung des Stausees am Kraftwerk Bertoldsheim, weil man sich davon eine Entschärfung der Hochwassersituation erhofft.

● **Februar 2005:** Der damalige Umweltminister Werner Schnappauf betont bei einer Diskussion in München, dass eine Ausbaggerung nach Einschätzung seiner Fachleute keine wesentliche Verbesserung der Situation bringen werde.

● **Mai 2006:** Eon Wasserkraft macht bei einem runden Tisch in Burgheim deutlich, dass man keine Veranlassung sieht, einer Aufforderung zur Räumung des Stausees nachzukommen.

● **Mai 2006:** Ein Gutachten der TU München kommt zu der Einschätzung, dass eine Ausbaggerung tatsächlich keine Entschärfung der Hochwassersituation bringt.

● **Juni 2006:** Das Landratsamt ordnet die teilweise Entlandung des Stausees an, gestattet gleichzeitig aber auch die in Burgheim und Rennertshofen so heftig kritisierte Erhöhung des Stauziels.

● **Juli 2006:** Eon legt erwartungsgemäß Widerspruch gegen den Bescheid ein.

● **August 2006:** Burgheim fordert weiter völlige Entlandung und bezieht sich auf den Genehmigungsbescheid aus dem Jahr 1971. Darin steht, dass die vollständige Entleerung des Staubeckens jederzeit vorgenommen werden muss, wenn sie angeordnet wird.

● **Mai 2007:** Auch der Bund Naturschutz legt Widerspruch gegen die Teilräumung ein, allerdings aus einem anderen Grund. Die Umweltschützer stemmen sich gegen die Beseitigung vornehmlich der Inseln im Stausee, auf denen viele bedrohte Vogelarten und Amphibien leben.

● **November 2007:** Burgheim unterstreicht seine Haltung und setzt das Widerspruchsverfahren gegen den Bescheid des Landratsamtes mit aller Entschiedenheit fort.

● **Juli 2008:** Die Regierung von Oberbayern entscheidet: Der Stausee muss doch nicht geräumt werden. (haju)

Regierung pfeift den Bescheid zur Entlandung zurück

Hochwasser Räumung des Stausees von Bertoldsheim ist „keine wirksame Maßnahme zur Verbesserung der Situation“

VON HARALD JUNG

Burgheim/Rennertshofen/Marxheim Kommando zurück! Die Regierung von Oberbayern wird nach Informationen unserer Zeitung den Bescheid des Landratsamtes auf teilweise Räumung des Stausees am Donaukraftwerk Bertoldsheim kippen. Zugleich schlägt sie vor, flussaufwärts in Richtung Marxheim und Lechmündung zusätzlichen Retentionsraum durch Uferaufweitungen zu schaffen. »Kommentar

Gestern fand zu diesem Thema eine Besprechung bei der Regierung von Oberbayern in München statt. Burgheims Bürgermeister Albin

„Wir werden jetzt wohl den Genehmigungsbescheid von 1971 in Angriff nehmen müssen.“



Burgheims Bürgermeister Albin Kaufmann

Kaufmann nahm zusammen mit Geschäftsleiter Georg Neubauer teil und kehrte wenig erfreut zurück. „Es sieht wohl so aus, dass die Räumung des Stausees für die Entschärfung der Hochwassersituation in Moos nicht mehr als drei bis fünf Zentimeter bringt“, so der Bürgermeister gestern Abend auf Anfrage. Er sei „mit dem Ergebnis der Besprechung keinesfalls zufrieden“ und wird am Dienstag den Marktgemeinderat unterrichten. Vermutlich werde Burgheim nun auf den Genehmigungsbescheid für das Kraftwerk aus dem Jahr 1971 „losgehen“. Da steht drin, dass der Kraftwerks-

betreiber entlanden muss, wenn die Behörden das anordnen. „Warum hat man das damals dann überhaupt extra reingeschrieben?!“, wiederholt Kaufmann eine Frage, die man sich im Burgheimer Rathaus seit Jahren stellt.

Die Regierung von Oberbayern beruft sich auf ein Gutachten der Rhein-Main-Donau Consult GmbH. „Dieses zeigt auf, dass die Entlandung (...) keine wirksame Maßnahme zur Verbesserung der Hochwassersituation für die Ortsteile Moos des Marktes Burgheim und Stepperg/Hatzenhofen des Marktes Rennertshofen darstellt“, heißt es wörtlich. Eon hat die Räumung wiederholt abgelehnt und ebenfalls Widerspruch eingelegt. In der Vergangenheit wurden mehrfach Kosten in Höhe von 20 Millionen Euro für die Räumung genannt.

Das Hochwasser soll in den Raum Marxheim verlagert werden

Für erhebliche Bedenken dürfte nun der gestern diskutierte Lösungsvorschlag der Regierung von Oberbayern sorgen. Demnach wäre „eine Uferaufweitung im Stauwurzelbereich auf dem Gebiet des Landkreises Donau-Ries (...) eine zu prüfende Alternative.“ Besagtes Gutachten habe nämlich aufgezeigt, dass sehr wohl eine Entschärfung möglich sei, wenn flussaufwärts neuer Rückhalteraum entsteht. Das Problem soll also Richtung Marxheim verlagert werden. Auch dort gibt es seit Jahren erhebliche Klagen über stetig steigende Wasserstände und damit verbundene Schäden.

Landrat Roland Weigert erfuhr gestern Abend von der NR die neueste Entwicklung im Hochwasser-



Der Stausee von Bertoldsheim. Die Luftaufnahme zeigt deutlich das Ausmaß der Verlandung. Eine Räumung – die Kraftwerksbetreiber Eon rund 20 Millionen Euro kosten würde – müsste laut Genehmigungsbescheid von 1971 jederzeit erfolgen, wenn sie behördlich angeordnet wird. Das Landratsamt hat wenigstens eine Teilentlandung angeordnet, die Regierung von Oberbayern hebt diesen Bescheid nun allerdings auf. Sie ist der Ansicht, dass die Räumung nichts bringt. Fotos: Harald Jung/Archiv

brennpunkt Burgheim. Er sieht die Gefahr einer Ungleichbehandlung,

„Warum wird denn dann der Stausee vor Ingolstadt so ohne Weiteres geräumt? Wir werden da sehr kritisch nachfragen.“

Landrat Roland Weigert

weil beispielsweise auch der Stausee vor Ingolstadt erst geräumt wurde. Deshalb müsse man kritisch nach-

fragen. Außerdem „will ich eine Einschätzung, was die Situation in Bittenbrunn anbelangt. Wie wird dort verfahren?“ Der neue Landrat möchte nun dringend einen Gesprächstermin mit der Regierung von Oberbayern und erklärte die Angelegenheit spontan zur Chefsache. „Verwaltungshandeln muss für den Bürger nachvollziehbar sein. Wenn die Leute etwas nicht mehr verstehen, dann haben wir Behörden immer ein großes Problem. So ist es auch in diesem Fall“, betonte er.

Kommentar

VON HARALD JUNG

Der Stausee

» haju@neuburger-rundschau.de



Der Gewinner heißt Eon

Da hat sich Kraftwerksbetreiber Eon ganz offenbar schlappe 20 Millionen Euro gespart, falls die Juristen nicht doch noch eine Möglichkeit finden sollten, die Räumung des Stausees durchzudrücken. Doch die Hoffnungen schwinden. Und die Fragen werden immer mehr. Unter anderem stellt sich erneut jene, weshalb die Staubecken vor Vohburg oder Ingolstadt so gut gepflegt werden und warum in Bertoldsheim nicht?

Mit der nun von der Regierung von Oberbayern durchgesetzten Entscheidung tritt gleichzeitig eine gewaltige Problemverlagerung flussaufwärts ein. Die Menschen an Donau und Lech in Marxheim oder Niederschönenfeld werden sich schön bedanken, wenn dort neue Flutmulden entstehen. Der Vorgang zeigt einmal mehr, dass die Hochwasserproblematik regional behandelt und entsprechend konzeptioniert werden muss. Auch über die Grenzen des Regierungsbezirks hinaus. Sonst bleibt es ein aussichtsloser Kampf gegen „Wassermühlen“.

Aus dem Polizeibericht

RENNERTSHOFEN

10 000 Euro Sachschaden bei Verkehrsunfall

Beim Linksabbiegen übersah ein 34-Jähriger mit seinem BMW auf der Industriestraße am Dienstag gegen 17.30 Uhr den Ford einer Frau. Nach dem Zusammenstoß prallte der Wagen des Mannes gegen einen weiteren Ford. Bei dem Unfall entstand ein Schaden von 10 000 Euro. Verletzt wurde laut Polizei niemand. (nr)

Morgen in Ihrer NR